

Das Projekt einer Technischen Universität ist von 1891 an zur Debatte gestellt. Es taucht in der weiteren Entwicklung immer wieder auf. Das nächste Mal im Jahre 1912.

Die Initiative geht diesmal nicht von der Hochschulleitung aus. An der Diskussion beteiligen sich jedoch die Professoren Curllis, Schäfer und Treu mit Presseartikeln und Prof. Wuttke mit einem Gutachten, das vom Oberbürgermeister Dr. Beutler angefordert worden ist.

Am 9. Juni 1912 erscheint in der konservativen Tageszeitung „Dresdner Nachrichten“ ein Artikel unter der Überschrift „Eine Universität Dresden“. Damit wird die bislang weitgehend intern geführte Diskussion um die Eingliederung der Tiermedizinischen Hochschule in die Leipziger Universität an die Öffentlichkeit gebracht.

Es gibt nun die verschiedensten Versuche, die Tierärztliche Hochschule in Dresden zu halten. Der weitestgehende ist der einer Universitätsgründung. Die ersten konkreten Pläne für die neue Universität liegen nach kurzer Zeit vor. Geben wir in diesem Zusammenhang auf die Frage ein, welche Möglichkeiten Dresden für die Errichtung einer Universität bietet. Die geographische Lage ist durchaus günstig. Man rechnet besonders mit einem Zustrom aus dem Süden Deutschlands und aus Böhmen. „Eine zweite Universität (in Sachsen W. K.) würde neue, bisher brachliegende Kräfte entfalten...“

Viele können aus den östlichen Gebieten nach Dresden kommen, weil ihnen bis zu jener Zeit die Möglichkeit zu einem Studium fast völlig fehlt. Die reaktionär-nationalistischen Kräfte wiederum sind nicht sehr erfreut. Sie warnen vor einem zu großen Einfluß der „slawischen Elemente“. Es studieren gerade zu jener Zeit viele fortschrittliche russische Studenten an deutschen Universitäten, die in ihrer Heimat keine Möglichkeit zum Studium haben. Diese Studenten fliehen und fallen durch ihr fortschrittliches Denken und Handeln auf.

Andere Vertreter wieder, die den nationalistischen Standpunkt einnehmen, sehen in der Universitätsgründung eine Möglichkeit, Dresden als Zentrum des „deutschen Ostens“ auszubauen, da sich nun ein akademischer Strom nach Osten bewegen würde. Die Dresdner Universität würde dann „als ein geistiges Instrument der großen Aufgabe unserer inneren Kolonisation“.

Wirtschaftlich bereitet es einer Stadt wie Dresden kaum Schwierigkeiten, den zu erwartenden Fremdenstrom zu versorgen. Die kleinstädtischen Kreise versprechen sich von diesem Projekt eine Belebung ihrer Geschäfte.

Die geistig-wissenschaftlichen Voraussetzungen sind sehr günstig. Dresden beherbergt die Technische Hochschule, die Tiermedizinische Hochschule, die Königliche Bucherei, die über einen umfangreichen Buchbestand, vor allem an wissenschaftlichen Wer-

Aus der 150jährigen Geschichte der TU Dresden (15)

Erste Projekte blieben Utopie

Ideen und Bemühungen um die Jahrhundertwende zur Gründung einer Technischen Universität in Dresden (2)

Aus einer Dokumentation von Dr. Werner Klaus, Sektion 02

ken, verfügt und die Gehe-Stiftung mit einer ebenfalls sehr reichhaltigen Bibliothek. Das Hygiene-Museum befindet sich im Bau. Dazu kommen noch die zahlreichen und wertvollen Kunstsammlungen. Alle diese Möglichkeiten bieten gute Voraussetzungen für die Gründung einer Universität.

Der eifrigste Befürworter einer Universität in Dresden ist sein Oberbürgermeister, Dr.-Ing. Otto Gustav Beutler. Von ihm stammen zwei Projekte. Der erste Plan sieht die Gründung einer Universität mit vier Fakultäten vor, der der Tiermedizinische Hochschule als Teil der Medizinischen Fakultät eingegliedert werden soll. Die TH soll ihre Lehrstühle der Allgemeinen Abteilung an die Universität abgeben. Auf diese Weise wollte Beutler erreichen, daß beide Lehranstalten so eng wie möglich miteinander verknüpft sein sollten. Die Lehrkräfte sollten an beiden Einrichtungen tätig sein. Bekanntlich wird zum Beispiel die Chemie an der TH als Spezialwissenschaft und an der Medizinischen Fakultät als Nebenfach gelehrt.

Dieser Plan hat den Vorzug, daß die TH ihre bisherige Organisation beibehalten kann und die neue Universität sich nach der geltenden Verfassung deutscher Universitäten gestalten ließe. Schwierigkeiten ergeben sich nur auf dem Gebiet der Prüfungsordnungen, die an beiden Einrichtungen bisher grundverschieden sind. Der ganze Plan ist aber im Grunde eine Halbheit. Es wären zwei faktisch selbständige Hochschulen entstanden. Ihre Zusammenfassung unter dem Namen Universität bliebe Stückwerk.

Dr. Waentig, bis zur Pensionierung Ministerialdirektor im Kultusministe-

rium, bearbeitete Beutlers Projekt und sieht vor, die Gesamtuniversität in sieben Fakultäten zu gliedern.

Aus der geplanten Struktur der künftigen Universität geht eindeutig hervor, daß das Schwergewicht bei den Natur- und Technikwissenschaften liegt.

Beutler verfügt noch einen zweiten Plan. Dieser geht einen Schritt hinter den ersten zurück. Die Universität erscheint nunmehr als Bestandteil einer „Hochschule Dresden“. Offensichtlich will Beutler mit diesem Kompromißvorschlag den starken Widerstand der Universität Leipzig brechen. Es wird von ihm der Universitätsgedanke im Sinne einer zentralen Institution, die alle akademischen Bildungsstätten in Dresden organisch zusammenfassen soll, preisgegeben. Damit liefert Beutler den Gegnern des Projekts Argumente, es abzulehnen.

Trotzdem läßt sich Beutler nicht entmutigen. Im Juli 1912 wird auf seine Initiative hin der „Bürgerausschuß“ für die Errichtung einer Universität ins Leben gerufen. Ihm gehören von der Hochschule die Professoren Gurllit und Schäfer an. Der Ausschuß entfaltet eine rege Tätigkeit, um möglichst viele für das Projekt zu interessieren. Als führender Kopf zieht Beutler Gutachten von vielen europäischen Universitäten ein.

Bei der finanziellen Seite der Angelegenheit versucht er, Lösungen zu finden, die den Staatshaushalt so niedrig wie möglich belasten. Für die aufzubauende medizinische Fakultät schlägt Beutler vor, „der Universität ein den heutigen Anforderungen entsprechendes Krankenhaus für die Zwecke des klinischen und politischen Unterrichts, das auch die nötigen Hörsäle, Arbeits- und Sam-

lungsräume enthält, zur Verfügung zu stellen“.

Auf wissenschaftlichem Gebiet wäre die Universität zweifellos ein wichtiger Bestandteil der deutschen Universitäten geworden. Die Einbeziehung der Technischen Hochschule in die Universität ist eine bis zu dieser Zeit beispiellose Neuerung in Deutschland. Sie entspräche den Bemühungen des Mathematikers und Wissenschaftsorganizers Felix Klein von der Universität Göttingen. Seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts wird er nicht müde, eine Erweiterung der Universität in Inhalt und Umfang durch gleichberechtigte Aufnahme der technischen Wissenschaften zu fordern.

In der Welt gibt es zu jener Zeit 63 solcher Universitäten. 35 von ihnen existieren allein in den USA, bei einer Gesamtzahl von 90 Universitäten. Italien mit sieben und England mit zwei Universitäten haben ebenfalls dieser neuen Art der Entwicklung bereits Rechnung getragen. Aber in den meisten Staaten besteht noch das Vorurteil, daß an Universitäten nur „reine“ Wissenschaften ihren Platz haben dürfen.

Diese Meinung ist besonders stark in Deutschland verbreitet. Mit der Berufung auf Humboldt lehnten die reaktionären Kräfte jegliche Pläne ab, denen irgendwie der Hauch revolutionärer Neuerungen anhaftete und die traditionelle Stellung der Universitäten anzutasten drohte. Humboldt unterschied in seiner neuhumanistischen Universitätskonzeption - verwirklicht an der 1809/10 gegründeten Berliner Universität - zwischen allgemeiner Menschenbildung, erreicht durch die Vermittlung der reinen Idee der Wissenschaft, und „Fachbildung“ als Mittel zum Brotverwerb, an-

geordnet in der Berufsbildung bis hin zum Studium an einer Technischen Hochschule. Eine Verknüpfung beider Bildungsebenen, von der Qualität des Lebens länger erwirgen, käme einer Herabwürdigung der Universität gleich, meinten diese Kreise.

Ob der Ausbau der Hochschule für sie selbst vorzuziehen gewesen wäre, läßt sich nicht eindeutig beantworten. So hätte sicher der Haupteinfluß auf die Universität gehabt. Aber daß die technischen Wissenschaften in diesem großen Rahmen noch ihre alte Bedeutung behalten hätten, scheint zumindest zweifelhaft.

Die Wissenschaftlichkeit der Forschung und Lehre an den Technischen Hochschulen unterschied sich kaum mehr von den Universitäten. Die Existenz der Allgemeinen Abteilung gewährleistet eine breite Ausbildung in den sogenannten geisteswissenschaftlichen Fächern. Außerdem wären die Erweiterungsarbeiten gerade in dieser Zeit kaum durchgeführt worden, wenn das Gesamtprojekt die Staatskasse belastet hätte.

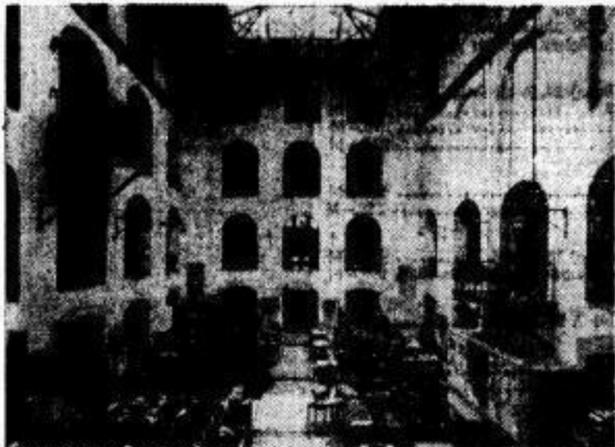
Beutlers Idee, die Universität als kommunale Institution allen aus Spaltungen zu unterhalten, über die die Stadt verfügt, überschätzt die Gebefreudigkeit der industriellen Kreise in Dresden und der weiteren Umgebung.

Das Projekt einer Dresdner Universität erwies sich in dieser Zeit als Utopie. Es mißlingt, weil man es zu sehr als eine interne Angelegenheit der Stadt Dresden und einzelner angesehener Bürger betrachtet. Es scheitert, weil am Vorabend des ersten Weltkrieges der sächsische Staat nicht bereit ist, ein solches Projekt zu finanzieren und die Stadt Dresden nicht in der Lage ist, es dauerhaft finanzieren zu können.

Damit enden die Versuche, die Technische Hochschule Dresden in den Status einer Universität zu erheben. Die Hochschulleitung nimmt 1928 den Gedanken nochmals auf, aber ohne Erfolg. Erst unter den Bedingungen unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Idee früherer Generationen Wirklichkeit: die „Universitas litterarum-technicarum“.

Quellenangabe zu den Ausführungen über die Universitätsprojekte:

1. Dresdner Nachrichten vom 9. 6. 1912
2. Dresdner Nachrichten vom 23. 7. 1912
3. Beutler, O. G., Vortrag zur Erhaltung der Tiermedizinischen Hochschule in Dresden und die Errichtung einer Universität daselbst, Teil 1, Dresden, 1913, S. 36
4. Ebenda



Blick auf den Lichtturm im Götig-Bau mit dem zentralen Maschinenraum (Elektromaschinen-Versuchsfeld). Dieses Gebäude entstand wie mehrere der Mechanischen Abteilung der TH Anfang unseres Jahrhunderts und wurde am 27. Mai 1903 übergeben.

Heute nötigt uns folgende „Ente“ der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aus dem Jahr 1921 nur noch ein Lächeln ab: „Allerdings hat die Sowjetregierung stellenweise auf dem flachen Lande kommunistische Wirtschaften ins Leben gerufen, diese sind aber überall kläglich zugrundegegangen.“

Aggressiv wie eh' und je

So wie 1921 wird die Methode des Verschleiens, des Fälschens, der freien Lüge und Provokation bis heute vom Imperialismus als Mittel seiner Politik benutzt. „Der klare Blick für neue Möglichkeiten, auf dem Weg der friedlichen Koexistenz weiter voranzukommen“, sagte Genosse Honecker auf dem IX. Parteitag der SED, „läßt uns niemals übersehen, daß der Imperialismus sein ihm eigenes aggressives Wesen nicht verloren hat. Wir erleben gerade gegenwärtig immer wieder neue Attacken von Feinden der Entspannung.“ Mit Sorge beobachtet die ganze Welt die Verschärfung des Militär-Industrie-Komplexes gegen Abrüstung und Entspannung.

Alle Hoffnungen der Monopolbourgeoisie, mit Hilfe der Geheimdienste eine „Eindämmung“ oder „Zurückdrängung“ des Sozialismus zu erreichen, schlugen fehl. Unter Ausnutzung unserer weltweiten Bedingungen verstärkt der Gegner die Spionage und Subversion, wie die Verurteilungen von Spionen und Menschenhändlern in vielen Ländern beweisen. In unserer Zeit, in der menschlicher Ideenreichtum entscheidend zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der weiteren Verbesserung der Lebens- und Existenzbedingungen beitragen könnte, werden in den USA und anderen imperialistischen Staaten Erfindungen und technische Entwicklungen vorrangig in den Dienst der Spionage, Subversion, zu Unterdrückung und Kriegsvorbereitung genutzt und damit ungeheure Produktivkräfte sinnlos vergeudet.

Ideologische Diversen

Je tiefergreifender die Krisenerscheinungen im Imperialismus werden, um so größere Bedeutung gewinnen für ihn die Methoden des geheimen Krieges. Hauptangriffsweg war und bleibt dabei die Welt des Sozialismus und der um Unabhängigkeit ringenden Völker. Der britische Geheimdienst SIS, einer der ältesten seiner Art in der kapitalistischen Welt, erkannte als erster, daß der Schwerpunkt künftiger Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus zu einer

Verlagerung des Kampfes auf das Gebiet der Ideologie führt. Er erarbeitete Grundlagen für diesen Kampf an der unsichtbaren Front, die den Wählzentren anderer kapitalistischer Staaten übernommen wurden.

In einem im Jahre 1953 vom SIS erarbeiteten Dokument heißt es zu dieser Methode, sie sei „eine ununterbrochene Operation, deren Hauptaufgabe in der Aufklärung und Ausnutzung der Schwierigkeiten und verwundbaren Stellen... innerhalb der Länder des Sowjetblocks“ besteht. Einen besonderen Platz nimmt in diesem Bereich die ideologische Diversion ein. Sie erstreckt sich auf die Bereiche der Ideologie, Politik, Ökonomie, selbst auf Bereiche der Kultur und des Sportes.

Sie wollen Gift infiltrieren

Ihr strategisches Ziel besteht in der Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern. Als Nahziel verfolgt sie die Spaltung und Verseuchung unserer Gemeinschaft mit bürgerlichem Ideengut zur Erzeugung von Schwierigkeiten und Gegensätzen, insbesondere zur Schwächung der Rolle der UdSSR. Dabei wird zu verbrecherischer Wildtätigkeit gegen die sozialistischen Länder angestiftet. Die Schriftreihe der Bundeswehr „Innere Führung“ definierte diese Aufgaben wie folgt: „Psychologischer Kampf ist die planmäßige Beeinflussung von Geist, Willen und Moral... ganzer Völker mit gewaltlosen Mitteln. Das Ziel jedes psychologischen Kampfes ist die Schwächung der gegnerischen Positionen und die Stärkung der eigenen Position.“

Flucht in die Verleumdung

Besonders stehen die marxistisch-leninistischen Parteien im Mittelpunkt feindsüchtiger Hetze und Angriffe. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß auch die SED immer wieder Anfeindungen ausgesetzt ist, wie letztlich die Veröffentlichung des Pamphlets in „Der Spiegel“. Weil unsere Partei in festem Bündnis mit dem Volk immer neue Erfolge erringt, stöhnen unsere Feinde schon vor Jahren: „Alles wäre viel einfacher zu verstehen, wenn die Funktionäre Messer zwischen den Zähnen trügen.“

Ein wesentlicher Bestandteil westlicher Regierungsmethoden ist deshalb die Manipulation des Bewußtseins der Völkermassen im In- und Ausland. Mittel der „ernster wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden wird das Bewußtsein deformiert, werden grundle-

Giftmischer und Fälscher ohne Chance

Haßtriefend, gewissenlos, gemeingefährlich Aus den Praktiken imperialistischer Meinungsmacher

gende Wahrheiten verschleiert, verdreht und unauffindbar gemacht. Schließlich sei noch eine Feststellung aus dem offiziellen SPD-Organ „Vorwärts“ angeführt: „Da (in der DDR, K. H.) kaum eine grundsätzliche Änderung des Systems möglich ist, kann nur von der kommunistischen Opposition eine Verbesserung der Verhältnisse - ähnlich wie in der CSSR 1968 - erwartet werden.“

Bereits Lenin charakterisierte diese Ränke des Imperialismus in seiner Arbeit „Der Kampf der bürgerlichen Intellektuellen“ mit den Worten: „Wenn der ideologische Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse zurückgeht, untergraben wird, schwächer wird, nahm und nimmt die Bourgeoisie überall und immer Zuflucht zu verzweifelter Lüge und Verleumdung.“

Kette von Fälschungen

Wir erinnern uns dabei an die Kette von Lügen und Verleumdungen, von denen hier nur einige angeführt seien:

- Bismarck fälschte 1870 die „Emser Depesche“ - und löste damit den Krieg gegen Frankreich aus.
- Der Überfall auf den Sender Gleiwitz wurde als kriegsauslösendes Element von den Faschisten inszeniert.
- Als die Westmächte mit der Spaltung Deutschlands begannen, tauchte 1948 das sogenannte „Protokoll M“ auf - ein angeblich kommunistischer Plan zur Unterwerfung der Westzonen.
- Der im Fälschen erfahrene „Spiegel“ veröffentlichte im Dezember 1965 in großer Aufmachung sogenannte „Penkowiaki-Papiere“ eines angeblichen Bürgers der UdSSR. 12 Jahre danach

gestand die „New York Times“ ein, daß dieses „Papier“ ein „Eigenbau“ des USA-Geheimdienstes war.

Anfang 1967 veröffentlichten sämtliche Springerzeitungen angebliche Originalbriefe des weltbekannten Romaniers Arnold Zweig, Erfindungen eines obskuren, vom CIA und von Bonner Dienststellen ausgehaltenen Westberliner Pressedienstes, der „tarantel-press“. Auch hier mußten sich die Schreibertingel nachträglich von ihrem Elaborat distanzieren.

Am 24. 11. 1972 meldeten Westzeitungen marktschreierisch eine „Jagd auf ein unbekanntes U-Boot im norwegischen Fjord“. Der Westberliner „Tagespiegel“ wußte sogleich, daß es sich um ein sowjetisches U-Boot der W-Klasse handelte, obwohl die norwegische Marine noch nach dem mysteriösen Objekt fahndete. Viel später war zu hören, daß das gesuchte Boot einem britischen Flottenverband angehöre.

Nicht vergessen sind auch die üblen Verleumdungen während des IX. Parteitages der SED und danach. So orakelte u. a. das BRD-Fernsehen, daß in den nächsten Jahren „die sozialpolitischen Hoffnungen der DDR-Bürger nach diesem Parteitag nicht in Erfüllung gehen werden“. Wie bekannt, brachten unsere sozialpolitischen Maßnahmen u. a. für 1 Mill. Werktätige Erhöhungen der Mindestlöhne, für 1,5 Mill. Arbeiter neue Grundlöhne und für 3,2 Mill. Bürger höhere Renten, für 1,2 Mill. Schichtarbeiter Arbeitszeitverkürzungen, für Hunderttausende Bürger weitere Verbesserungen, von denen Werktätige in kapitalistischen Ländern nicht einmal zu träumen wagen.

Erst letztlich veröffentlichte „Der Spiegel“ ein Pamphlet über eine angebliche Opposition in der SED - dessen Mänschen-Pullacher Handchrift dabei unverkennbar ist. Bereits am 31. 12. 1977 berichtete das „ND“, daß dieses Machwerk in der Giftküche des Bundesnachrichtendienstes (BND) ausgeheckt wurde.

Gerupfte Enten

Damit wurde eine Kette von Fälschungen fortgesetzt, die bisher samt und sonders von unseren Machorganen als solche entlarvt werden konnten. Die Angehörigen unserer Universität fallen nicht auf solche Lügenfabrikate herein und distanzieren sich entschieden von solchen Verleumdungen. Wir wissen, daß Lenins Feststellung sich tausendfach bewährt hat. Die Bourgeoisie verfährt stets nach dem Prinzip: „Lüge, Lüge, schreie, wiederhole die Lüge, etwas wird schon hängen bleiben.“

In zahlreichen Redaktionen westlicher Zeitungen und Sender werden passendes Informationen aus sozialistischen Ländern, selbst aus Kreis- und Betriebszeitungen, „verarbeitet“. Dabei werden besonders kritische Meinungen und Hinweise auf Mängel herausgefiltert. Danach wird nach der Methode, „aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen“, dieses Material von Antikommunisten-Spezialisten aufbereitet und mit Halbwahrheiten („graue Propaganda“) oder frechen Lügen („schwarze Propaganda“) durchsetzt. Solche Methoden werden seit Jahren praktiziert, z. B. von „Spiegel“, „Die Zeit“, „Vorwärts“, „Rheinischer Merkur“ u. a. Aber auch diese Blätter mußten sich in den vergangenen Jahren zunehmend den politischen Realitäten beugen.

Das Prinzip der Lüge ist geblieben

... nur die Methoden haben sich verändert. Das Organ des USA-Kongresses „Congressional Record“ verkündete: „Die in das Bewußtsein der Menschen eindringenden Gedanken gleichen Geruchskugeln, die tödlich verwunden... Durch Verführung und Täuschung kann bei weitem mehr als durch Zwang erreicht werden.“ Außerdem bauen unsere Feinde auf die Langlebigkeit von Gerüchten. „Gerüchte können auch gezielt formuliert und in Umlauf gesetzt werden, um bestimmte Verhaltensweisen und Einstellungen zu bewirken.“

Solche Propaganda läßt sich der Doppelhelms rassistische Summen kosten. Antikommunistische Ideologen rufen ein, daß heute die größten Kerntörungen nicht

durch Krieg, sondern durch „friedliche“ Füllhälter und Mikrophone“ verursacht werden.

Sie bedienen sich dabei eines ständigen Wirkprinzips, das etwa nach folgendem Schema abläuft:

- die antikommunistische „Ente“ wird in die Welt gesetzt;
- Nachrichtenagenturen verbreiten sie und plazieren sie, sensationell aufgemacht, mit Verrug;
- Weitere Massenmedien übernehmen diese Fälschinformationen und ergießen sie durch ebenfalls erfindende „Hintergrundinformationen“;
- Die Story wird durch Korrespondentenberichte, Kommentare, Anfragen an Regierungen und Parlamente u. a. befestigt;
- „Augenzeugen“ oder „Beteiligte“ kommen im Wort, diplomatische Aktionen werden inspiert u. a.

„Wir brauchen jeden Gangster...“

So werden Emotionen in der betrogenen, irreführenden Öffentlichkeit manipuliert. Zynisch erklärte einer der Leiter der US-amerikanischen Propaganda, der Präsident des Komitees für politische Information, General S. P. Johnson: „Im ideologischen Kampf mit dem Kommunismus brauchen wir nicht die Wahrheit, sondern Beresungaktionen, für einen solchen Krieg benötigen wir jeden Waghals und Gangster, dessen wir auf die eine oder andere Weise habhaft werden können.“

Die NATO-Staaten lehnten deshalb nicht nur in Helsinki strikt ab, nur solche Informationen zu verbreiten, die das Vertrauen zwischen den Völkern fördern. Inzwischen lehnten sie auch jegliche Verantwortung für solche Informationsausbreitungen ab, die von ihrem Territorium verbreitet wurden. (wird fortgesetzt)

Literatur

- 1) Bericht des ZK der SED an dem IX. Parteitag, S. 17
- 2) Siehe Fortsetzungsreihe „Nicht länger geheim“ in der Universitätszeitung
- 3) „Die Zeit“ (Hamburg), 22. 8. 1964
- 4) „Vorwärts“ (Bonn), 2. 10. 1966
- 5) Lenin, Band 20, Seite 464
- 6) Lenin: „Der Lügenbund“, Band 24, Seite 104
- 7) „Informationen für die Truppe“ (Bonn), 15/1972, S. 21
- 8) siehe Fortsetzungsreihe in der „Neuen Berliner Illustrierten“ (NBI) 1977/78 „Die Lügenmaschinerie“
- 9) Militärwesen, Heft 11, 1977, Seite 23